

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte: Die Anzeiger für das Erzgebirge sind für den 20. Dezember 1925. Die Anzeiger für das Erzgebirge sind für den 20. Dezember 1925.

Bestellungen nehmen die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Halbjahr 60 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 278

Dienstag, den 1. Dezember 1925

20. Jahrgang

Die Räumung Kölns beginnt heute.

London, 29. Nov. Reuter meldet aus Köln: Die Räumung der Kölner Zone beginnt am Montag, also einen Tag früher als ursprünglich vorgesehen.

Vorherige Räumung!

Wie aus Paris gemeldet wird, rechnet Briand bestimmt darauf, daß er persönlich zur Unterzeichnung nach London fahren wird, sei es als noch fungierender Außenminister des gestürzten Kabinetts, sei es als Mitglied der neuen Regierung, falls deren Bildung inzwischen vollzogen ist. Briands fester Entschluß zur persönlichen Teilnahme dürfte auf die gleichen Gründe zurückzuführen sein, aus denen sich die deutschen Minister entschlossen haben, die Signierung nicht ihrem Vorgesetzten zu überlassen.

Die Wichtigkeit der Verhandlungen, die in London geführt werden dürften, wird von der französischen Presse in auffälliger Weise unterstrichen. Wie der „Matin“ meldet, ist die Anwesenheit Briands in London deshalb erwünscht, weil dort bedeutende Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern über die Auslegung der Folgen für das Rheinland bevorstehen. Nach Angabe des „Petit Parisien“ soll insbesondere die

Frage der vorzeitigen Räumung der beiden restlichen Besatzungszonen zur Debatte stehen.

Hindenburg besucht die geräumte Zone.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge hat die Stadtverwaltung von Bonn aus Berlin die Mitteilung erhalten, daß Reichspräsident von Hindenburg nach Räumung der ersten Zone der Stadt Bonn einen Besuch abstatten wird.

Die zukünftige Stärke des belgischen Besatzungsheeres.

Paris, 28. Nov. Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ meldet, wird das belgische Besatzungsheer nach der Räumung der Kölner Zone bestehen aus drei Regimentern Infanterie, zwei Regimentern Artillerie, einem Regiment Kavallerie, einem Bionter-Bataillon, Train und Militärbeamten, im ganzen aus 9000 gegenüber bisher 17 500 Mann. Die Besatzungszone wird in Zukunft den Bezirk Aachen mit Ausnahme des von den Franzosen zu besetzenden Turen umfassen.

Das Locarno-Gesetz von Hindenburg unterschrieben.

Der Reichsrat beschloß mit 49 gegen 15 Stimmen von dem Gesetzentwurf über die Zustimmung zu den Locarno-Verträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben. Gegen diesen Beschluß stimmten: Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern und Mecklenburg-Schwerin.

Berlin, 28. November. Nachdem der Reichsrat heute nachmittags mit 49 gegen 15 Stimmen beschlossen hat, auf einen Einspruch gegen das Gesetz über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verzichten, hat der Herr Reichspräsident heute abend das vom Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann gegenzeichnete Gesetz ausgefertigt. Das Gesetz wird demgemäß mit dem Datum vom 28. November in dem am 30. ds. Mts. erscheinenden Reichsgesetzblatt verkündet.

Abreise des Reichskanzlers und des Außenministers nach London.

Berlin, 29. Nov. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann haben heute abend vom Lehrter Bahnhof aus die Reise nach London angetreten, begleitet von den Staatssekretären Dr. Kemmer und Dr. v. Schubert. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden: der französische Gesandtschaftsträger, der polnische und der englische Gesandte, Reichsminister Dr. Gessler, die Ministerialdirektoren Dr. Köpfe und Dr. Kiep, eine große Anzahl anderer Mitglieder des auswärtigen Amtes und der stellvertretende Polizeipräsident von Berlin, Dr. Friedensburg. Auch zahlreiche Pressevertreter und Photographen waren anwesend.

Die Anwesenheit der Delegationsmitglieder vollzog sich ohne Aufsehen. Zuerst trafen die Staatssekretäre ein, dann Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der sofort von zahlreichen Photographen und Filmleuten umringt war. Neben den Familien der Diplomaten war auf dem Bahnsteig ein Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung Reichswehrminister Dr. Gessler erschienen, sowie der französische Gesandtschaftsträger in Berlin, der Berliner belgische Gesandte und der polnische Gesandte, die sich längere Zeit mit Dr. Luther unterhielten. Das Begleitpersonal der Delegation ist außerordentlich gering. Um 8 Uhr 30 abends fuhr der Zug aus der Halle.

Drohbriefe gegen die Reichsregierung.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Daß dem Reichsaußenminister in den letzten Tagen Drohbriefe zugegangen sind, ist zweifellos auf die schamlose Heze zurückzuführen, die in nationalsozialistischen Kreisen gegen Dr. Stresemann ganz systematisch betrieben wird. Wir haben diese elenden Erzeugnisse stichhaltiger Demunoziosität bereits gehäufig gebremst. Natürlich werden die meisten bedauerlichen Drohungen — höchst heldenhafte — anonym erfolgen, so daß sich über die politische Zugehörigkeit dieser elenden Briefschreiber ohne weiteres nichts sagen läßt. Ungeachtet der Tatsache aber, daß in München der nationalsozialistische Abgeordnete Wagner öffentlich höchst bedenkliche Drohungen ausgestoßen hat, erwarten wir von den Führern dieser rechtsradikalen Gruppe, daß sie endlich derartige Elemente zur Ordnung rufen.“

Teuerungslinderung in Saarbrücken. Nach der sozialdemokratischen „Volkstimme“ veranstalteten die freigewerkschaftlichen Eisenbahner am Freitag eine große Kundgebung im Ludwigspark, um gegen die zunehmende Teuerung und gegen das Verhalten der Regierungskommission bei den letzten Lohnverhandlungen Einspruch zu erheben. Auch zahlreiche Mitglieder anderer gewerkschaftlicher Richtungen hatten sich eingefunden. Nach einem Bericht des Leiters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, einen Ausschuß von sieben Mitgliedern sofort zur Regierungskommission zu senden, um ihr die ungenügende Lage der Arbeiterschaft vorzutragen. Dieser Abordnung schloß sich die ganze Versammlung an, so daß ein großer Zug sich zur Wohnung des Vorsitzenden der Regierungskommission auf den Weg machte. Die Abordnung wurde nicht empfangen, worauf sich der Zug zum Regierungsgebäude begab und die Abordnung sich trotz der inzwischen durch ein starkes Schußmannaufgebot erfolgten Überwältigung zum saarländischen Mittel der Regierungskommission begab. Nachdem auf ihre Verteilung die Polizei entfernt worden war, trugen die Mitglieder der Abordnung dem Minister ihre Wünsche vor, der ihnen versagte, daß die Wünsche auf Verbesserung der Löhne und Gehälter nach Klärung der Teuerungsverhältnisse in Verhandlung genommen werden würden. Darauf entfernte sich der Zug in voller Ruhe.

Provinzial- und Landtagswahlen in Preußen.

Berlin, 29. Nov. Soweit Nachrichten zu den Provinzial- und Landtagswahlen in Preußen vorliegen, sind die Wahlen bei verhältnismäßig geringer Beteiligung ruhig und ohne Störung verlaufen.

Königsberg. (Stadtergebnis amtlich.) Preußenblock (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) 39 177, Sozialdemokraten 27 318, Zentrum 2936, Demokraten 4321, Kommunisten 14 921, Deutsch-Völkische Freiheitspartei 4395, Deutsche Wirtschaftspartei, Ostpreußischer Bauernbund und Landliste 3803.

Salle a. S. (Stadtergebnis.) Sozialdemokraten 9219, Kommunisten 21 412, Demokraten 4260, Zentrum 1404, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 30 381, Sparrer und Rentner 1654, Völkische Liste 734; Wahlbeteiligung 52 %.

Breslau. (Stadtergebnis.) Sozialdemokraten 80 897, Deutschnationale 38 742, Zentrum 29 704, Deutsche Volkspartei 13 758, Demokraten 10 215, Kommunisten 9922, Wirtschaftspartei 4748, Deutsch-Völkische 4620, Deutsch-Völkische 2814, Wirtschaftliche Rotgemeinschaft 560; Wahlbeteiligung 50 %.

Stettin. Gesamtergebnis Stettin-Stadt: Deutschnationale 16 523, Sozialdemokraten 25 972, Deutsche Volkspartei 6327, Demokraten 2778, Kommunisten 7809, Wirtschaftspartei 3985, Aufwertungspartei 2081; Beteiligung 35 %.

Dortmund. Gesamtergebnis für Dortmund: 23 297, Sozialdemokraten 28 399, Deutsche Volkspartei 17 679, Deutschnationale 5390, Kommunisten 17 226, Demokraten 3255, Polen 1066.

Magdeburg. Ergebnis Magdeburg-Stadt: Sozialdemokraten 59 630, Kommunisten 12 601, Demokraten 10 313, Zentrum 2742, Deutschnationale 20 610, Deutsch-Völkische 2090, Deutsche Volkspartei 23 910, Deutsch-Völkische 1032; Wahlbeteiligung 60 %.

Stettin. Es erhielten in der Provinz Pommern an Stimmen: Deutschnationale 299 184, Sozialdemokraten 154 485, Deutsche Volkspartei 43 258, Demokraten 18 722, Kommunisten 31 905, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 26 681, Aufwertungs- und Mittelstandspartei 24 481, Parteilose Provinzial (Colberg) 629, Wirtschaftspolitische Liste 10 987.

Stettin, Stadt. Sozialdemokraten 15 891, Deutschnationale 5 644, Zentrum 1577, Deutsche Volkspartei 1756, Demokraten 2850, Kommunisten 1628, Wirtschaftspartei 1748, Deutsch-Völkische 1658. Abgegebene gültige Stimmen 28 008.

Breslau, Stadt. Sozialdemokraten 11 996, Deutschnationale 8009, Zentrum 2488, Deutsche Volkspartei 4236, Demokraten 1553, Kommunisten 619, Wirtschaftspartei 2520, Deutsch-Völkische 856, Deutsch-Völkische 603, Wirtschaftliche Rotgemeinschaft 895.

Stettin. Abgegebene Stimmen 129 190. Beteiligung 35 Prozent. Zentrum 50 329, Sozialdemokraten 18 936, Deutsche Volkspartei 15 160, Deutschnationale 11 567, Kommunisten 24 590, Demokraten 2172, Christlich-Soziale 2569, Völkische 8885, Sparrerbund 1176.

Aöln, Stadt. Vorläufiges Ergebnis: Zentrum 51 480, Sozialdemokraten 29 862, Deutsche Volkspartei 10 650, Deutschnationale 7664, Kommunisten 17 992, Demokraten 4128, Bund für Aufwertung 8981, Christlich-Soziale 1200, Deutsch-Völkische 698, Wirtschaftspartei 4562.

Düsseldorf. Es erhielten: Zentrum 78 (78) Stg., Sozialdemokraten 24 (31), Deutsche Volkspartei 18 (20), Deutschnationale 16 (14), Kommunisten 18 (14), Demokraten 4 (5), Aufwertungspartei 0, Christlich-Soziale 0, Völkische 0,

Polen 0, Unabhängige 0, Wirtschaftspartei 5. Die Wahlbeteiligung betrug 40 Prozent.

Essen. Sozialdemokraten 8748, Kommunisten 7610, Demokraten 1278, Zentrum 2317, Deutsche Volkspartei 7653, Deutschnationale und Landbund 6856, Sparrer und Rentner 2371, Völkische 1081, Wirtschaftspartei 4440.

Frankfurt a. M. Sozialdemokraten 87 621, Zentrum 14 194, Deutschnationale 13 180, Deutsche Volkspartei 9970, Kommunisten 8882, Demokraten 7684, Wirtschaftspartei 6047, Arbeitnehmergruppe 3160, Unabhängige 432, Wählerklub 311.

Merfeld. Sozialdemokraten 1798, Kommunisten 1893, Demokraten 1368, Zentrum 163, Ordnungsbund 3108, Sparrer und Rentner 140, Völkische 90.

Wittenberg. Sozialdemokraten 2290, Kommunisten 1801, Demokraten 292, Zentrum 84, Ordnungsbund 2153, Sparrer und Rentner 449, Völkische 76.

Bitterfeld. Sozialdemokraten 3687, Kommunisten 5160, Demokraten 865, Zentrum 470, Ordnungsbund 5946, Sparrer und Rentner 275, Völkische 190.

Stöben. Sozialdemokraten 1628, Kommunisten 2163, Demokraten 334, Zentrum 434, Ordnungsbund 4798, Sparrer und Rentner 295, Völkische 154.

Raumburg-Land. Sozialdemokraten 563, Kommunisten 518, Demokraten 158, Zentrum 154, Ordnungsbund 3877, Sparrer und Rentner 271, Völkische 184.

Raumburg-Stadt. Sozialdemokraten 2000, Kommunisten 1248, Demokraten 500, Zentrum 159, Ordnungsbund 6902, Sparrer und Rentner 741, Völkische 290.

Wittenberg-Stadt. Sozialdemokraten 1128, Kommunisten 1603, Demokraten 448, Zentrum 96, Nationaler Ordnungsbund 3225, Sparrer und Rentner 525, Völkische 99. Wahlbeteiligung 45 Prozent.

Nachklänge zur Augustaner-Feier.

Ein Erlass Severings.

Der Amtliche Preussische PresseDienst gibt folgenden an alle Polizeibehörden gerichteten Runderlass des preussischen Ministers des Innern bekannt:

„Die Uebergabe des Denkmals für die im Weltkrieg Gefallenen des ehemaligen Königin Augusta-Garde-Regiments Nr. 4, am 11. Oktober 1925, auf dem Hof der jetzt mit Schuppolizei besetzten, früheren Kaserne jenes Regiments, ist unter Formen erfolgt, die eine Verhöhnung des heutigen Staates darstellen, und durch die dabei gehaltenen, republikanischen und verfassungswidrigen Reden die Teilnehmer der Feier, namentlich die staatsstreue Beamtenschaft, in größte Verlegenheit brachten, übrigens auch eine Verletzung des den Veranstaltern von der Schuppolizei in der Kaserne gewährten Gastrechts bedeuteten.“

Um solche unerträglichen Vorkommnisse künftig zu vermeiden, und den Staat wie die Beamten der Schuppolizei derartigen Entgleisungen und Uebergriffen nicht wieder aussetzen, setze ich mich mit meinem Bedauern genötigt, in Ergänzung eines früheren Runderlasses betreffend Teilnahme an Verbandstagungen, hierdurch anzuordnen, daß Schuppolizei-Unterstützte außer für die rein dienstlichen Zwecke nur für solche Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden dürfen, die den Interessen der in der Unterkunft selbst untergebrachten Beamtenschaft dienen.“